

SPD

# NIEDERSACHSEN Vorwärts:

## einwärts:

Zwischen all den Visa-Anträgen und manch anderen vermeintlichen Skandalpapieren sind im deutschen Blätterwald ein paar Zahlen untergegangen, die es nachzutragen gilt. Im vergangenen Geschäftsjahr erzielten die 100 größten deutschen Unternehmen einen Gewinn von 35 Milliarden Euro. In Ziffern ausgedrückt: 35.000.000.000. In derselben Zeit haben diese Unternehmen 35.000 Beschäftigte entlassen, wahrscheinlich, weil die Ertragslage am Standort Deutschland zu wenig profitabel ist.

Dass Menschen einen dicken Hals bekommen, wenn eine Minderheit den Hals nicht vollkriegen kann, ist nachvollziehbar für alle, die das Grundgesetz ernstnehmen. Dort steht im Artikel 14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Daran zu erinnern sollte für Demokraten selbstverständlich sein. In diesem Sinne anregende Lektüre wünscht **lopo** ■

## Volksbegehren SPD für Blindengeld

SPD-Chef **Wolfgang Jüttner** und SPD-Fraktionsvorsitzender **Sigmar Gabriel** haben dazu aufgerufen, das **Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes** zu unterstützen. Die Landesregierung hatte das Landesblindengeld zum 1. Januar 2005 faktisch gestrichen. Niedersachsen ist damit das einzige Bundesland, das blinden Menschen einen einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich verwehrt und viele auf die Sozialhilfe verweist. Unterschriftenlisten können heruntergeladen werden unter [www.spdnds.de](http://www.spdnds.de) oder [www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de).

### Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen,  
Verantwortlich: Frank Wilhelmy,  
Redaktion: Lothar Pollähne  
Odeonstr. 15/16 · 30159 Hannover,  
e-mail: [lopo.vorwaerts@t-online.de](mailto:lopo.vorwaerts@t-online.de)  
Layout: [www.darwitz-design.de](http://www.darwitz-design.de)

## Gegenentwürfe zum Neoliberalismus

Niedersachsens SPD und Gewerkschaften diskutieren gesellschaftliche und politische Gemeinsamkeiten.

VON LOTHAR POLLÄHNE

Knapp 100 Jahre ist es her, dass die SPD auf dem Mannheimer Parteitag 1906 den Gewerkschaften weitgehende Unab-

hängigkeit zugestand. Vereinbart wurde seinerzeit, „bei Aktionen, die die Interessen von Gewerkschaften und die SPD gemeinsam berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen“. Seit diesem Zeitpunkt ist es weitgehend selbstverständlich, dass sich Gewerkschaften und SPD auf ihre gemeinsamen Wurzeln beziehen. Das gilt in guten wie in weniger guten Zeiten.



SPD und Gewerkschaften: Gemeinsame Anliegen wirkungsvoll umsetzen

Diese Einschätzung stand am Beginn eines Meinungsaustausches am 6. April 2005 zwischen führenden niedersächsischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. „Wir hätten in der Vergangenheit etwas häufiger miteinander reden

sollen“, erklärte Niedersachsens SPD-Vorsitzender **Wolfgang Jüttner** zu Beginn des Treffens mit Blick auf die Zukunft: „Die SPD muss den Sachverstand der Gewerkschaften besser nutzen und in eine solidere, gewerkschaftliche Belange berücksichtigende Politik einfließen lassen.“

„Wir sind gut beraten, gemeinsam einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zum Neoliberalismus auszuarbeiten“, mahnte der Vorsitzende des Betriebsra-

tes VW-Nutzfahrzeuge und SPD-Landtagsabgeordnete, **Günter Lenz**. Wenn die Schwarzen an die Regierung kommen, wird es einen Generalangriff auf das Betriebsverfassungsgesetz ge-

ben, fürchtet Lenz. Das wäre die konsequente Fortsetzung der seit Monaten laufenden Angriffe auf Recht und Ordnung im deutschen Arbeitsmarkt. Deshalb müssen sich SPD und Gewerkschaften klar machen, dass sie „eigentlich auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind“.

Auch ver.di-Landesleiter **Wolfgang Denia** erinnerte an die gemeinsamen Grundüberzeugungen: „Wir müssen sehen, dass wir programmatische Gemein-

samkeiten ausloten und dass wir unser politisches Profil schärfen.“ Dazu braucht es Polarisierung und Klarheit. Es bringt nichts, so Denia, „wenn wir Dinge betonen, an denen wir eh nichts ändern können, sondern wir müssen Dinge voranbringen, die wir gemeinsam vertreten können.“ Niedersachsens SPD sah Denia dabei auf durchaus guten Pfaden, vor allem bei der „Standfestigkeit in Sachen Mitbestimmung“.

Für Niedersachsens DGB-Vorsitzenden **Hartmut Tölle** ist es wichtig, sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Kernbereiche auszuloten. Dazu gehören vor allem eine „gemeinsame Idee vom Sozialstaat“, der „Schutz von Tarifautonomie und Mitbestimmung“ und ein „demokratisch antirassistisches Politikverständnis.“ Dabei dürfen SPD und Gewerkschaften nicht in den Fehler verfallen, Politik nach dem Diktum „Die anderen sind schlimmer“ zu machen. „Das trägt nicht mehr“, erklärten Hartmut Tölle und Wolfgang Jüttner übereinstimmend. „Wir müssen erklären was wir in Hochzeiten von Globalisierung und Neoliberalismus besser machen wollen und zeigen, wie wir gemeinsame Anliegen umsetzen können.“ ■

## Marktmacht und gesellschaftliche Verantwortung

Ein Kommentar zur Lage

VON WOLFGANG JÜTTNER  
VORSITZENDER DER NIEDERSACHSEN-SPD

Ein Aufschrei geht durch Deutschland: Hetzkampagne gegen Unternehmer, Beschädigung des Standortes Deutschland, Rückkehr des Klassenkampfes. Was ist geschehen? Der SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** hat die ökonomische Elite des Landes kritisiert und von ihrer gesellschaftliche Verantwortung eingefordert. Der Vorgang zeigt eines: Die miserable Qualität der Diskussionskultur in unserem Land und

die Tatsache, dass sich der veröffentlichte Mainstream deutlich nach rechts verschoben hat.

Franz Müntefering will keine alten Schlachten schlagen gegen die „bösen Kapitalisten“. Er – wie wir alle – weiß, dass „der Markt“ Dynamik freisetzt, dass er vieles regeln kann, zum Teil sehr effizient.

Aber immer mehr Menschen spüren, dass „der Markt“ bestimmte öffentliche Güter nicht kostengünstig bereithält. Wenn es um Chancengleichheit und

um soziale Gerechtigkeit geht, sieht der Markt ganz alt aus. Hier ist ein aktiver, handlungsfähiger Staat gefragt. Erst er macht eine Gesellschaft zum Sozialstaat. Das Gegenmodell, welches FDP und andere für ihre Klientel bereithalten, setzt auf Deregulierung und Entstaatlichung. Mit sozialdemokratischen Grundwerten ist das nicht vereinbar.

„Freiheit“, „Gleichheit“ und „Solidarität“ sind die Werte, mit denen die SPD als moderne Reformpartei Akzente setzt.

Dafür gilt es die Menschen in Deutschland zu begeistern. Genau darauf hat Franz Müntefering hinweisen wollen und darauf, dass Demokratie und Verantwortung nicht am Betriebstor enden.



Wolfgang Jüttner

# „Hauke for President“

Nahezu einstimmig ist Laatzens Bürgermeister Hauke Jagau auf dem Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover am 9. April zum Kandidaten für das Amt des Regionspräsidenten gewählt worden.

VON LOTHAR POLLÄHNE

Knapp ein viertel Jahr, nachdem sich die mittlerweile ehemaligen SPD-Unterbezirke Hannover-Stadt und Hannover-Land zum SPD-Unterbezirk Region Hannover zusammengeschlossen haben, hat die hannöversche Sozialdemokratie am 9. April 2005 ihre zweite wichtige Personalentscheidung getroffen. **Hauke Jagau**, Bürgermeister der Stadt Laatzens soll für die SPD in die Wahl ziehen und **Michael Arndt** beerben, damit die Region Hannover und ihr Präsident rot bleiben. Am 12. Februar hatte der SPD-Stadtverband Hannover die Frage beantwortet, wer denn Nachfolger der OB-Legende **Herbert Schmalstieg** werden solle und mit Hannovers Stadtkämmerer **Stefan Weil** die beste Wahl getroffen.

Beide Personalentscheidungen stehen für sozialdemokratischen Aufbruch und dokumentieren doch gleichzeitig politische Kontinuität. Die SPD in Stadt und Landkreis Hannover war es schließlich, die das mittlerweile international beachtete Projekt „Region Hannover“ erdacht und durchgesetzt hat. Laatzens Bürgermeister Hauke Jagau ist seit Wochen in der Re-

gion Hannover unterwegs und ist nach vielen Veranstaltungen mit dem Gefühl nach Hause gefahren: „Hier sind Menschen, die das gleiche Ziel haben wie ich. Das Ziel, die Region Hanno-

ver als attraktiven Lebensraum zu stärken und auszubauen.“ Jagau hat seine Ziele hoch gesteckt. Ihm geht es darum, die Chancen und Stärken unserer Region so zu nutzen, „dass wir das Zentrum einer europäischen Metropolregion werden“.



Arbeiten für die rote Region Hannover: Stefan Weil, Walter Meinhold, Hauke Jagau und Heinrich Aller

gion Hannover unterwegs und ist nach vielen Veranstaltungen mit dem Gefühl nach Hause gefahren: „Hier sind Menschen, die das gleiche Ziel haben wie ich. Das Ziel, die Region Hannover

ver als attraktiven Lebensraum zu stärken und auszubauen.“ Jagau hat seine Ziele hoch gesteckt. Ihm geht es darum, die Chancen und Stärken unserer Region so zu nutzen, „dass wir das Zentrum einer europäischen Metropolregion werden“.

Hauke Jagau setzt auf die politische Steuerungsfähigkeit der Region und nennt in diesem Zusammenhang Sparkassen, Krankenhäuser, Abfallwirtschaft und ÖPNV. Die Region muss sich als effizient arbeitender und wettbewerbsfähiger Dienstleister präsentieren und so verhindern,

Verwaltung möglich ist, wenn sie Sachverstand von außen mit Motivation nach innen paart. Das gelingt nur mit mehr Teamwork und weniger Kontrolle.

Für den weiteren Erfolg der Region Hannover möchte Hauke Jagau dazu beitragen, „dass ein regionales Wir-Gefühl entsteht“. Stefan Weil lobte den gelungenen Generationswechsel der hannöverschen SPD und stellte „allen Nachwächtern“ eine harte gemeinsame Gegnerschaft in Aussicht mit den Worten „Hauke for President“.

Infos: [www.hauke-jagau.de](http://www.hauke-jagau.de) ■



◀ Peter Bohlmann: Erster hauptamtlicher Landrat in Verden

Nach einem Wahlkampf aus einem Guss vom JungwählerInnen-Brief, über den klassischen Info-Tisch, über 700 Hausbesuchen des Kandidaten, Telefonaktion bis hin zum professionell gestalteten Internet-Auftritt, vor allem aber Dank der Unterstützung eines

breiten Bündnisses aller gesellschaftlichen Gruppen von Handwerkern (Bohlmann ist selbst gelernter Heizungsbauer), Unternehmern bis hin zur Partei der Grünen ist der 33jährige Diplom-Ökonom Peter Bohlmann zum Landrat des Landkreises Verden gewählt worden. Wenn Programm und Person überzeugen, gewinnt die SPD Wahlen. In Verden bekam Peter Bohlmann im 1. Wahlgang 53,2% der Stimmen. Der Niedersachsen-vorwärts gratuliert!

## Berlin

l  
i  
c  
k  
n  
a  
c  
h



Hans Forster

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Norden muss einstweilen ohne ihren Chronisten auskommen. Hans Forster, der sich seit einem viertel Jahrhundert mit der Geschichte seiner Heimatstadt beschäftigt, ist in den Bundestag nachgerückt. Dies ist eine Form ostfriesischer Nachbarschaftshilfe, denn sein Vorgänger, Reinhold Robbe aus Bunde, ist jüngst zum Wehrbeauftragten gewählt worden.

Der gebürtige Bremerhavener Hans Forster ist Nordener durch und durch. Dort hat er die Schule durchlaufen, bei der damaligen Deutschen Bundespost in Norden 1974 seine Lehre begonnen und von 1979 bis 1998 ebendort als Fernmeldebeamter gearbeitet, bei der Küstenfunkstelle Norddeich Radio.

Für den Postbediensteten Hans Forster war es nahezu selbstverständlich, Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) zu werden. Das war 1975. Ein Jahr später wurde er Mitglied der SPD, um sich einzumischen: Zunächst als Juso-Vorsitzender in Norden, wo sonst, dann als Vorsitzender des Juso-Unterbezirks Aurich und schließlich von 1989 bis 1991 als Vorsitzender des Juso-Landesverbandes Niedersachsen.

Seit 1991 ist Hans Forster Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Norden, vertritt die Partei im Rat der Stadt und seit 2001 auch im Auricher Kreistag. Auch gewerkschaftlich ist Hans Forster aktiv geblieben: als ehrenamtlicher Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Norden. Wen wundert's.

Nun also hat Hans Forster seinen Arbeitsschwerpunkt nach Berlin verlagert, wo er schon von 1998 bis 2002 Bundestagsluft schnuppern konnte. Der Geschichte Nordens bleibt Hans Forster verbunden, allerdings mit gebremstem Schaum. Und auch ein anderes Hobby kann er nicht so intensiv verfolgen, wie es ihm lieb wäre: das Sammeln von Schallplatten mit Rockmusik der 70er Jahre. Den satten Sound hat Hans Forster mit Sicherheit im Ohr, und deshalb kann es für ihn in Berlin nur heißen: Let it rock.

## Mitarbeiter-Workshop in Berlin

Niedersachsen ist mit 31 SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten. Gemeinsam bilden die Abgeordneten die Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion. Im April veranstaltete die Landesgruppe einen zweitägigen Workshop für die Mitarbeiter aus den Wahlkreisbüros der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten in Berlin zum Thema Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkreis.

„Insgesamt 60 Teilnehmer beim Workshop der Landesgruppe. Das ist ein echter Erfolg. Damit nehmen die Niedersachsen eine Vorreiterrolle unter den Landesgruppen ein“, sagte der Vorsitzende der Landesgruppe **Holger Ortel**. „Wir haben mit dem Workshop mehrere Ziele erreicht“, so Ortel, „unsere Mitarbeiter haben sich direkt bei Fachleuten über Möglichkeiten innovativer Öffentlichkeitsar-

beit informiert und hatten Raum, untereinander Erfahrungen auszutauschen.“ Der stellvertretende SPD-Bundesgeschäftsführer **Achim Post** und der Leiter der SPD-Parteischule **Klaus Tovar** erklärten, ihnen sei nicht bekannt, dass je zuvor eine Landesgruppe solches Engagement in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investiert habe.

„Eine gelungene Veranstaltung“, das fand auch **Marten Hayen** vom Berliner Büro der Oldenburger Bundestagsabgeordneten **Gesine Multhaupt**. „Besonders gut haben mir die Beiträge von **Wolfgang Nafroth** und **Achim Post** gefallen“, so der Politikwissenschaftler. Nafroth stellte alternative, günstige und effektive Methoden der politischen Kommunikation vor und erteilte dem immer noch weit verbreiteten Info-Tisch in der Fußgängerzone eine klare Absage. lw. ■

## Kommunal-Akademie

Die 2. Braunschweiger Kommunalakademie beginnt mit einem Wochenendseminar am **21. und 22. Mai in Springe**. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten sollten sich umgehend melden bei **Karl-Heinz Mühe** beim SPD-Bezirk Braunschweig, Tel. **0531/4809827** melden oder per E-Mail unter **Karl-Heinz.Muehe@spd.de** ■

## Mentoring-Programm

Die zweite Runde des Mentoring-Programms beginnt noch vor der Sommerpause. Interessenten melden sich bitte bei ihren jeweiligen Bezirken oder über ihre UB-Büros oder im Internet unter

[www.mentoring.spdnds.de](http://www.mentoring.spdnds.de) ■

# Sich stets der Herkunft besinnen

SPD-Ortsverein Leer feierte einhundertjähriges Bestehen

VON REMMER HEIN

Umrahmt vom ebenso originellen wie unterhaltsamen Programm des Bänkellieder-Duos "Hammersteins Echte" feierte der SPD-Ortsverein Leer (Ostfriesland) sein 100-jähriges Bestehen. Landrat **Bernhard Bramlage** verdeutlichte den Gratulanten, welche herausragenden Herausforderungen während der vergangenen 100 Jahre zu bestehen waren: Zwei Weltkriege, das Dritte Reich, die Teilung Deutschlands und dessen Wiedervereinigung. Resümierend erklärte er: "Auf aktuelle Herausforderungen passen nicht die alten Rezepte," aber man müsse sich stets seiner Herkunft besinnen.

Der SPD-Bezirksvorsitzende **Garrelt Duin** mahnte die Partei, ihre Politik entschlossen nach außen zu vertreten, "damit die Menschen wissen, woran sie sind." Nur so kann man auch Vertrauen gewinnen. Der SPD-Kreisvorsitzende **Reinhold Robbe** hob hervor, dass das Eintreten für Frieden und eine Politik mit friedlichen Mitteln stets zentrales Anliegen der SPD gewesen ist.

Im Namen der SPD-Ortsvereine im Landkreis Leer gratulierte Bettina Stöhr. Sie erinnerte daran, dass der Ortsverein Leer der erste im Landkreis Leer gewesen ist und ausstrahlende Wirkung auf die Partei im gesamten Land-



"Hammersteins Echte" verkündeten ihre "Einsichten und Rezepte".

kreis besessen hat und besitzt. Der erste Bevollmächtigte der IG Metall Clemens Bollen erinnerte an die gemeinsamen Wurzeln von SPD und Gewerkschaft. Dies muss man gerade den Jüngeren immer wieder deutlich machen und darauf verweisen, dass man nur gemeinsam stark sein kann.

Der SPD-Landesvorsitzende **Wolfgang Jüttner** erinnerte an die gesellschaftlichen und politischen Zustände zum Zeitpunkt der Gründung des Ortsvereins: "Es war verdammt schwer, unter diesen Bedingungen Politik zu organisieren." Viel ist jedoch seitdem erreicht worden. Jüttner nannte das Frauenwahlrecht, das Betriebsverfassungsgesetz, Sozialrechte, den 8-Stunden-Tag. Mit Blick auf die laufende politische Debatte erklärte Jüttner: "Wir brauchen den funktionstüchtigen Sozialstaat," der Einnahmen erzielt und für Ausgleich sorgen kann.

## Braunschweiger Kommunalakademie erfolgreich

Schwerpunkt der Bildungsarbeit im SPD Bezirk Braunschweig im vergangenen Jahr war die erstmals durchgeführte Kommunalakademie. Von anfangs 127 Teilnehmern haben bis zum Ende 89 durchgehalten. An zwei Wochenenden und an acht Sonntagen haben sie sich in gut 80 Seminarstunden umfangreiches Wissen über die verschiedenen Handlungsfelder der Kommunalpolitik angeeignet und ergänzend wichtige Management-Fähigkeiten erlernt.

Im einzelnen wurden folgende Themenbereiche behandelt.

- Grundlagen und Handlungsfelder der Kommunalpolitik und die NGO
- Haushaltsplanstruktur und

Aufgabe von Politik ist es, die Lebensumstände zu gestalten. Darin liegt auch die Erwartung der Menschen.

In seinem Dank an die Gäste versprach **Hans Fricke**, dass der OV Leer auch zukünftig einen klaren Kurs bezüglich sozialer Gerechtigkeit und Toleranz halten wird. "Wenn wir in die Beliebigkeit abrutschen, werden wir keinen Wähler gewinnen," lautete sein Motto. ■

- die kommunale Finanzpolitik
- Kommunale Jugend- und Sozialpolitik
- Zielkonflikte in der Wirtschafts- und Umweltpolitik
- Auswirkungen der demographische Entwicklung unserer Gesellschaft
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Rhetorik und freies Reden
- Schlüsselqualifikationen für die politische Arbeit
- Zielfindung, Verhandlung und Moderation

Bei einer gelungenen Abschlussparty wurde den Teilnehmern ihre erfolgreiche Teilnahme mit der Überreichung eines Zertifikats durch den Bezirksvorsitzenden Sigmar Gabriel bestätigt. eb. ■



Mit Zuversicht in die kommenden Wahlkämpfe

## Mut zur E-Mail

Immer mehr Genossinnen und Genossen haben eine E-Mail-Adresse, unter der sie schnell erreichbar sind. Informationen und Einladungen könnten effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder

teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:

- [bezirk.braunschweig@spd.de](mailto:bezirk.braunschweig@spd.de)
- [spd-bezirk-hannover@spd.de](mailto:spd-bezirk-hannover@spd.de)
- [bezirk@spd-nord-niedersachsen.de](mailto:bezirk@spd-nord-niedersachsen.de)
- [bezirk.weser-ems@spd.de](mailto:bezirk.weser-ems@spd.de) ■

## vorwärts: RÄTSEL

Der 19. April 1945 ist in den Geschichtsbüchern der deutschen Sozialdemokratie nur in Fußnoten vermerkt. Zehn Tage nachdem die US-Amerikaner Hannover eingenommen hatten, sollen sich Kurt Schumacher und eine Hand voll Altgenossen getroffen haben, um die Neugründung der Partei vorzubereiten.

Verbürgt ist in jedem Fall die erste „Funktionärs-Zusammenkunft“ in einem fensterlosen Raum der Fröbelschule am 29. April. Kurt Schumacher hält eine einstündige Rede, in der er Grundzüge seines Verständnisses von sozialdemokratischer Politik darlegt. Die Rede ist nicht überliefert, dürfte aber derjenigen geglichen haben, die Schumacher am 6. Mai 1945 vor 130 Teilnehmern im Sitzungssaal des Hannöverschen Polizeipräsidiums hält.

Die Zusammenkunft, die keine Parteiversammlung sein darf, weil die Besatzungsmacht noch keine politischen Versammlungen dulden, gilt dennoch als Wiedergründungsversammlung der SPD. Listig hatte Kurt Schumacher eine „Bereitschaftserklärung“ entworfen, in der sich die Unterzeichner bereit erklären, im Falle der Zulassung Mitglied der SPD werden zu wollen. Unterschriftenlisten mit der Bereitschaftserklärung gehen in Hannover von Hand zu Hand und werden innerhalb weniger Tage von rund 10.000 Menschen unterzeichnet.

Die Gründungsversammlung wählt am 6. Mai einen provisorischen Vorstand, dem Kurt Schumacher vorsteht, und dem Hermann Hasselbring als geschäftsführender Sekretär, sowie Albin Karl, Rudolf Wassermann und Karl Lotz als Beisitzer angehören. Dieser Vorstand trifft sich am 7. Mai zum ersten Mal an einem Ort, der in die Geschichte der Sozialdemokratie eingegangen ist. Unter welchem Namen? Zu gewinnen gibt es eine Schumacher-Biographie. lopo

vorwärts,  
Odeonstraße 15/16,  
30159 Hannover

## Ich bin neu in der SPD...



... weil ich fand, dass die Zeit dafür reif war.

**André Olthoff**  
Wietmarschen

**SPD**

## vorwärts: kulturgut



Am 27. April jährte sich zum 125. Mal der Todestag des berühmten Braunschweiger Sozialdemokraten **Wilhelm Bracke**. Aus diesem Anlass ist eine Neuauflage der Dokumentation "Wilhelm Bracke - dem Manne des Volkes, dem Freunde der Menschheit" erschienen, bearbeitet von **Frieder Schöbel** und **Nicole Palm**.

Wilhelm Bracke, am 29. Mai 1842 als Sohn einer Kaufmannsfamilie geboren, gehört zu den Gründungsvätern der

deutschen Sozialdemokratie. Gemeinsam mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründete er 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. In seinem Verlag brachte er im Mai 1871 die erste Ausgabe des "Braunschweiger Volksfreundes" heraus.

Bracke wurde 1872 als erster Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt; 1877 folgte seine Wahl in den Reichstag. Bereits 1880 starb er im Alter von nur 37 Jahren.

Die Dokumentation enthält eine umfassende Darstellung des Lebens und Wirkens Wilhelm Brackes, zahlreiche Dokumente und Zeugnisse sowie eine Zeittafel und ein Literaturverzeichnis.

*Wilhelm Bracke - dem Manne des Volkes, dem Freunde der Menschheit, Braunschweig, 2005, 64 S., 4 Euro, SPD-UB Braunschweig, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig* ■



Auf Initiative des innenpolitischen Sprechers Heiner Bartling nutzen Mitglieder des Innenarbeitskreises der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion die parlamentarische Osterpause für einen privat finanzierten Kurztrip nach Palermo. Höhepunkt des Aufenthalts war ein Gespräch mit Leoluca Orlando, Oppositionsführer im sizilianischen Regionalparlament, der als Oberbürgermeister von Palermo maßgeblich dazu beigetragen hatte, Sizilien von der ökonomischen und kulturellen Hegemonie der Mafia zu befreien. Die Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker informierten sich über seine Erfahrungen und Strategien bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität sowie über die Hintergründe der Regionalwahlen in Italien, bei denen die Mitte-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Berlusconi – wie Leoluca Orlando vorausgesagt hatte – wenige Tage später eine schwere Niederlage einstecken musste.

Von links nach rechts: Jutta Rübke (MdL), Leoluca Orlando, die MdL Heiner Bartling, Sigrid Leuschner und Hanne Modder sowie Ingo Delzer, Fraktionsreferent für Innen- und Rechtspolitik

## SPD-Newsletter

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD. Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-mail an: [pressends@spd.de](mailto:pressends@spd.de) und fügt in die Betreffzeile „Newsletter“ ein. ■

## auswärts:

Ob der Bundesvorstand der CDU mit einer Stimme spricht, ist nicht immer ersichtlich, seine Doppelzüngigkeit schon. Nachdem sich neben anderen Christdemokraten auch die stellvertretende Parteivorsitzende **Annette Schavan** für die Abschaffung des Bafög ausgesprochen hatte, bekundete deren Chefin **Angela Merkel** gleich darauf ein klares Ja zum Bafög: „Niemand hat die Absicht, das Bafög abzuschaffen“. Gut gemerkt, Frau Merkel. Da war doch schon einmal jemand aus dem Osten, der nicht die Absicht hatte... ■

ANZEIGE

# Deutschland kommunal 2005

So erreichen Sie alle Ansprechpartner in Bund, Ländern und Kommunen

**Umfassend und übersichtlich** | Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern, Bund | Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte über 20 000 Einwohner mit Anschrift | Verteilung der Sitze bei Rat und Kreisfraktion | (Ober-)Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte

**Weitere Schwerpunkte** | Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur

**Termine** | Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

**Preis:**  
21,35 Euro inkl. MwSt.  
zzgl. Versandkosten

**Bestellungen:**  
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Tel.: (0 30) 2 55 94-130, Fax: -199  
E-Mail: [vertrieb@demo-online.de](mailto:vertrieb@demo-online.de)

Mehr Infos: [www.deutschland-kommunal.de](http://www.deutschland-kommunal.de)

Deutschland  
kommunal 2005

Das Nachschlagewerk



IN AKTUALISIERTER  
NEUAUFLAGE ERSCHEINEN

Edition DEMO